

FDP-Kreistagsfraktion

Stellungnahme zum Kreishaushalt (dritte Lesung)

Göppingen, den 31. Januar 2014

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

fast auf den Tag genau vor zwei Monaten haben wir hier in diesem Plenum in der zweiten Lesung über den Entwurf zum Kreishaushalt 2014 beraten. Seither haben sich verschiedene Gremien noch einmal mit dem Zahlenwerk befasst und eine Reihe von Anträgen der Fraktionen wurde beraten.

In der Öffentlichkeit wurde das komplexe Zahlenwerk allerdings weniger stark diskutiert. Die Ergebnisse des UVA erhitzen die Gemüter. Biobeutel und Kompostplätze standen im Mittelpunkt der kommunalpolitischen Diskussion. Wir als FDP-Fraktion haben uns dabei klar positioniert.

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben war nicht mehr die Frage, ob, sondern nur noch wie die Neuerungen eingeführt werden. Wir sehen es als unseren Erfolg an, dass mit dem Biobeutel ein sanfter Einstieg in das System des getrennten Sammelns von Biomüll gefunden wurde. Wir haben uns stets gegen die braune Tonne ausgesprochen und sehen vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen im Ostalbkreis gute Chancen für den Biobeutel. Allerdings, und dies zeigen die Leserbriefe in NWZ und GZ, muss noch viel Überzeugungsarbeit seitens des AWB geleistet werden. Die Akzeptanz der Bürger ist hier der Schlüssel zum Erfolg.

Auch bei der Neustrukturierung der Grüngutsammelplätze stehen gesetzliche Vorgaben und verschärfte Auflagen im Vordergrund. Unsere Position war immer die dezentrale Lösung, d. h. kurze Wege für die Bürger. Dies soll sich nach unserer Vorstellung nur bedingt ändern. Wir stehen für eine Mischform aus Kompostplätzen, auf denen verarbeitet wird und reinen Sammelplätzen, die es den betroffenen Gemeinden möglich machen sollen, einen Platz in der Nähe zu erhalten. Sicherlich werden nicht alle derzeitigen Plätze erhalten werden können, doch ist es unser Ziel, ein flächendeckendes Netz weiter aufrecht zu erhalten.

Auch nahm die Diskussion um den geplanten Klinikneubau in der Öffentlichkeit wieder einen breiten Raum ein. Jetzt zeigt sich wie richtig unser Vorschlag war, die Öffentlichkeitsarbeit in dieser Hinsicht noch stärker auszubauen. In Leserbriefen versuchen die Gegner des Projekts falsche Fährten zu legen und die Bevölkerung zu verunsichern. Es muss unserer Ansicht nach mehr unternommen werden, um unsere guten Argumente für einen Neubau noch stärker in die Öffentlichkeit zu bringen.

Erfreulich für unsere Fraktion war hinsichtlich des Haushaltsentwurfs, dass auf unseren Antrag hin die Ausgaben für die Investitionszuschüsse der Alb Fils Kliniken detailliert aufgelistet wurden und sich bei genauerer Betrachtung eine Reduzierung von 1,6 Mio. Euro realisieren lies. Dies ist eine gute Nachricht.

Ausdrücklich möchten wir die in der Änderungsliste aufgeführte Einrichtung eines Nachwuchsführungskräfteprogramms am Landratsamt positiv erwähnen. In den kommenden Jahren werden eine Reihe von Führungspositionen am Landratsamt neu zu besetzen sein. Es zeichnet einen guten Arbeitgeber aus, hier schon frühzeitig geeignete Personen gezielt zu fördern und zu unterstützen.

Weniger erfreulich stellt sich jedoch die Gesamtentwicklung des Haushaltsplans seit dem 29. November dar. Mit der Änderungsliste vom 21. Januar zeigt sich eine Reihe von Veränderungen, die schlussendlich zu Mehrausgaben und einer steigenden Nettoneuverschuldung auf sage und schreibe fast 5,6 Mio. Euro führen. Dies ist eine Steigerung um 800.000 Euro seit November 2013. Diese Veränderungen zeigen deutlich, dass ein Haushaltplan ein Werk ist, in dem zukünftige Planwerte abgebildet werden, die sich allerdings im Laufe eines Jahres auch den sich verändernden Umständen anpassen können und müssen.

Deshalb fühlen wir uns als FDP-Fraktion in unserer Aussage vom November bestätigt, dass die Absenkung des Kreisumlagehebesatzes auf 37% haushaltspolitisch eine falsche Entscheidung ist. Zu groß sind die Aufgaben, die in den kommenden Jahren vor uns stehen und man hatte bei der letzten VA Sitzung den Eindruck, dass dies zwischen den Zeilen auch von der Verwaltung inzwischen so gesehen wird. In dieser Sitzung vom 17.1. wurde uns von Seiten der Verwaltung mitgeteilt, dass die Absenkung des Hebesatzes „auch als ein Entgegenkommen an die Gemeinde gesehen werden müsse“. Richtig formuliert wäre jedoch „ein mit Schulden finanziertes Entgegenkommen“.

Natürlich schauen wir auch zurück und sehen die Jahresabschlüsse der vergangen beiden Jahre. Es konnte dort – entgegen des Ansatzes – stets besser abgeschlossen werden als angenommen. Doch darf nicht vergessen werden, dass es sich hier größtenteils um Einmaleffekte handelte, die aus der Doppikumstellung heraus entstanden sind. In der angesprochenen VA Sitzung wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass man auch weiterhin „gute Hoffnung habe“, dass auch das Jahr 2014 haushaltspolitisch besser als angenommen verlaufen wird.

Wir als FDP-Fraktion sind jedoch der Ansicht, dass es zwar für ein junges Paar sehr schön sein kann, wenn es in „guter Hoffnung“ lebt, dass aber die „gute Hoffnung“ nicht Grundlage für einen Haushaltsplan sein sollte. Deshalb bleiben wir bei unserem Standpunkt, die Kreisumlage auf der bisherigen Höhe von 38,3 Punkten zu belassen.

Neben den Großprojekten Klinikneubau, Landratsamt und ÖPNV liegen weitere Aufgaben, deren Kosten schwer kalkulierbar sind, vor uns.

Die vielen Krisenherde der Welt, deren Zahl von Monat zu Monat grösser zu werden scheint, haben zur Folge, dass auch der Zustrom von Flüchtlingen in unser Land weiter steigen wird.

Der Aufgabe, diese Personen menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen, können und wollen wir uns keinesfalls entziehen. Soll dies gelingen, müssen wir auch hier mit höheren Kosten als bisher veranschlagt rechnen. Auffallend ist, dass in der Änderungsliste, entgegen der sich abzeichnenden Entwicklung, die geplanten Ausgaben bezüglich der Unterbringung halbiert wurden.

Außerdem werden durch die neuen Schulformen die Kosten für die Schülerbeförderung steigen; in welcher Höhe lässt sich noch nicht vorhersehen.

Darüber hinaus lassen es die prognostizierten Steigerungen der Schulden des Landkreises, ca. 90 Millionen in 2016 und 148 Millionen in 2017, unserer Ansicht nach ratsam erscheinen, bei der Kreisumlage vorsichtig zu kalkulieren. Die Zinssituation in den kommenden Jahren ist schwer einschätzbar. Womöglich sind wir dann gezwungen, die Kreisumlage umso stärker anzuheben und dies eventuell zu einem Zeitpunkt, in dem die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden des Landkreises nicht so günstig ist wie gegenwärtig.

Abschließend möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, den der Kollege Binder auch schon bei der ersten Lesung angesprochen hat. Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments, in unserem Fall des Kreistags. Deshalb ist es schwer verständlich, dass zum einen durch die Informationspolitik der Verwaltung als auch durch die Berichterstattung der Presse der Eindruck entsteht, der Verwaltungsvorschlag bezüglich des Kreisumlagehebesatzes sei in Stein gemeißelt. Vielmehr sollte der Vorschlag als eine Diskussionsgrundlage verstanden werden, die es den Fraktionen und Ausschüssen ermöglicht, in den Wochen und Monaten nach der Einbringung, gemäß ihrem Auftrag, haushaltspolitisch das beste Ergebnis für den Landkreis und seine Bewohner herbeizuführen.

Dies in der Öffentlichkeit und auch gegenüber den Gemeinden und Städten deutlich zu machen, wird eine wichtige Aufgabe im neugewählten Kreistag sein.

Zum Schluss möchten wir uns noch einmal bei der Verwaltung, insbesondere beim Amt für Finanzen und Beteiligungen und Herrn Kämmerer Stolz für die geleistete Arbeit bedanken. Ein Dank auch Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die faire Diskussion der vergangenen Monate.